



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen Spezialkommission Entwicklung «Rheinufer Ost» und Botschaft zur Volksinitiative «Schaffhausen an den Rhein»

An den
Grossen Stadtrat
8200 Schaffhausen

Vorlage des Stadtrats vom 18. Januar 2022: Entwicklung «Rheinufer Ost» und Botschaft zur Volksinitiative «Schaffhausen an den Rhein»

Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 11. August 2022

Sehr geehrter Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Spezialkommission (SPK) hat die Vorlage des Stadtrats vom 18. Januar 2022 an zwei Sitzungen (8. April und 16. Mai 2022) eingehend beraten. Mit diesem Bericht informiert die SPK über den Beratungsablauf und unterbreitet überarbeitete Anträge.

1. Beratungsablauf

An ihrer ersten Sitzung vom 8. April 2022 hat sich die SPK konstituiert und Livia Munz (SP) zur Präsidentin sowie Michael Mundt (SVP) zum Vizepräsidenten gewählt.

Die Vorlage wurde der SPK von folgenden Personen vorgestellt und Vertiefungsfragen kompetent beantwortet:

- Stadträtin Dr. Katrin Bernath
- Stadtrat Daniel Preisig (nur an der Sitzung vom 16. Mai 2022 anwesend)
- Marcel Angele, Leiter Stadtplanung

Vor der Eintretensdebatte stellte Marcel Angele das städtebauliche Studienverfahren vor. Ebenfalls wurde besprochen, wie die Grobplanung zur Umlegung der Strasse und der Neugestaltung des Areals aussehen könnte.

In der Eintretensdebatte wurden von mehreren Personen die Strassenumlegung und die Wichtigkeit der Neugestaltung des Areals gewürdigt. Einige Mitglieder sehen die Umlegung der Rheinhaldestrasse aus verkehrstechnischer Sicht, aber auch aufgrund der Belastung für das Quartier Buchthalen sehr kritisch. Alle Mitglieder der SPK sind sich einig, dass das Areal Salzstadel dringend neu entwickelt werden muss.

Die SPK ist an ihrer ersten Sitzung vom 8. April 2022 einstimmig mit 9 : 0 Stimmen auf die Vorlage eingetreten.

In der Schlussabstimmung vom 16. Mai 2022 wurde die Vorlage mit 8 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme gutgeheissen.

2. Diskutierte Themen und Anträge

Während der Detailberatung wurden viele unterschiedliche Themen aufgegriffen und ausführlich diskutiert. Dabei ging es um die Umlegung der Strasse, das Verkehrsaufkommen und deren Folgen auf die umliegenden Grundstücke bezüglich Wertverlust und Wertsteigerung. Ebenfalls wurde mehrmals die Situation für den Busverkehr und die mögliche Positionierung der Bushaltestellen angesprochen. Auf dem zu entwickelnden Gebiet stehen neben dem Salzstadel auch andere Gebäude, die teilweise unter Denkmalschutz stehen, auch hier wurde besprochen welchen Einfluss die Arealentwicklung auf die Gebäude haben könnte.

Die SPK musste sich immer wieder ins Bewusstsein rufen, dass aktuell nur eine technische Machbarkeitsstudie vorliegt, welche aufzeigt, in welche Richtung das Gebiet durch einen Gegenvorschlag entwickelt werden könnte. Zurzeit sind vier Planerteams daran, jeweils zwei Vorschläge zur Entwicklung des Rheinufer Ost auszuarbeiten. Davon soll immer ein Vorschlag mit und einer ohne Strassenverlegung ausgearbeitet werden. Die Entwicklung des Areals soll in Etappen geschehen können und die besten Elemente aus den unterschiedlichen Projektentwürfen sollen schlussendlich zu einem Idealbild frei zusammengestellt werden. Der vorgeschlagene Prozess einer "Grobplanung" durch vier unabhängige Spezialistenteams sowie auch das geplante "Vertiefungsverfahren" wurde von allen Kommissionsmitgliedern positiv aufgenommen. Damit ist sichergestellt, dass das Areal unvoreingenommen als Gesamtheit beurteilt wird und vielfältige Entwicklungs-/Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

2.1 Ausarbeitung Gegenvorschlag

Die Diskussion, ob ein Gegenvorschlag zur Initiative ausgearbeitet werden soll, oder nicht wurde lange und kontrovers geführt. Vor- und Nachteile der Initiative, sowie des Gegenvorschlags wurden besprochen. Die Mehrheit der SPK folgte schlussendlich der Haltung des Stadtrats, dass mit einem Gegenvorschlag gezielter und schneller vorgegangen werden kann. Die Initiative schreibt die Nutzung eines bestimmten Areals auf Verfassungsebene vor. Dies ist zwar rechtlich zulässig, aber nicht sinnvoll. Ebenfalls käme die Initiative in spätestens 6 Monaten zur Abstimmung. Dies wäre eine Blanksabstimmung zur Attraktivierung des Rheinufers, ohne einen konkreten Vorschlag. Einige Kommissionsmitglieder regten an, mit einem Gegenvorschlag in der Verfassung einen Artikel zum gesamten Rheinufer auf Stadtgebiet zu verankern, der für künftige Generationen einen echten, fassbaren Mehrwert für die Lebensqualität bietet. Mit dem Auftrag zur Ausarbeitung eines Gegenvorschlags erhält der Stadtrat eineinhalb Jahre Zeit zur Ausarbeitung einer konkreten Vorlage, die dann zusammen mit dem Gegenvorschlag zur Initiative dem Grossen Stadtrat vorgelegt werden soll.

Es wurde der Antrag gestellt, eine Empfehlung auf eine direkte Abstimmung der Volksinitiative "Schaffhausen an den Rhein" auszusprechen. Dieser Antrag wurde mit 7 : 1 Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

2.2 Abschreibung des Postulats "Schaffhausen näher an den Rhein – Das Parlament mitreden lassen" und parlamentarische Begleitkommission

Der Postulant, welcher auch Mitglied der SPK war, vertrat die Meinung, dass der Auftrag des Postulats mit dieser Vorlage noch nicht erfüllt ist. Das Postulat verlangt, dass die Resultate der Machbarkeitsstudie zur Verbindung der Rheinhalde- und Buchthalerstrasse zwecks Freispielen des unteren Bereichs des Lindli dem Grossen Stadtrat zur Beschlussfassung über das weitere Vorgehen vorgelegt wird. Der Postulant und die Mehrheit der Kommission sind der Ansicht, dass diese Forderung mit dem in der Vorlage aufgezeigten Vorgehen noch nicht erfüllt sei und das Postulat somit noch nicht abgeschrieben werden kann.

Der Antrag, das Postulat noch nicht abzuschreiben, wurde mit 7 : 0 Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Die SPK beantragt entsprechend einer Fristverlängerung für das Postulat (abgeänderte Antragsziffer 4). Dem neuen Antrag 4 wurde mit 8 : 0 Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

2.3 Konsultation einer parlamentarischen Begleitkommission

In der SPK wurde gewünscht, dass das Parlament nicht nur mit der endgültigen Vorlage konfrontiert wird, sondern schon früher in den Planungsprozess miteinbezogen wird. Zurzeit sind Fachgruppen daran, unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeiten des Rheinufers auszuarbeiten, mit oder ohne Verlegung der Strasse. Einige Mitglieder der Kommission wünschten ein Mitspracherecht zu bekommen, bevor der Stadtrat eine Vorentscheidung trifft.

Seitens Verwaltung und Stadtrat wurde darum gebeten, die Prozesse des Studienverfahrens und der politischen Mitsprache nicht zu vermischen. Als gangbarer Weg wurde vorgeschlagen, eine parlamentarische Begleitkommission nach dem Abschluss des Studienverfahrens auf Fachebene und vor der endgültigen Verabschiedung der Vorlage durch den Stadtrat zu konsultieren.

Mit der Konsultation der parlamentarischen Begleitkommission soll ein breit abgestütztes Projekt über die Parteien hinweg erlangt werden. Um das gesamte Projekt nicht zu gefährden, ist es wichtig, dass eine parlamentarische Begleitkommission gegründet wird, die zur Verschwiegenheit verpflichtet ist. Nur so wird es funktionieren, dass eine Vertretung des Parlaments vor der Verabschiedung der Vorlage einbezogen wird, aber keine Informationen an die Öffentlichkeit gelangen. Die Vorberatung der Vorlage hat konsultativen Charakter, der Kommission kommt in dieser Phase gemäss den verfassungsmässigen Bestimmungen kein Antrags- und Beschlussrecht zu.

Der Antrag zur Gründung einer parlamentarischen Begleitkommission lautet:

Der Grosse Stadtrat setzt eine parlamentarische Begleitkommission (9-er Spezialkommission) ein, zur Vorberatung der Vorlage, bevor diese vom Stadtrat definitiv verabschiedet wird.

Diesem neuen Antrag wurde mit 9 : 0 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Anträge

(Änderungen sind fett und kursiv)

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrats vom 18. Januar 2022 betreffend Entwicklung «Rheinufer Ost» und Botschaft zur Volksinitiative «Schaffhausen an den Rhein» **sowie vom Bericht und Antrag der Spezialkommission vom 11. August 2022.**
2. Der Grosse Stadtrat erklärt die Volksinitiative «Schaffhausen an den Rhein» für gültig.
3. Der Grosse Stadtrat beschliesst gestützt auf die vorstehenden Ausführungen, der Volksinitiative «Schaffhausen an den Rhein» im Sinne von Art. 77 Abs. 3 Wahlgesetz einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen und beauftragt den Stadtrat mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage.
4. Das am 4. September 2018 vom Grossen Stadtrat überwiesene Postulat von Grossstadtrat Michael Mundt «Schaffhausen näher an den Rhein – Das Parlament mitreden lassen» wird **abgeschrieben weiterbehandelt (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2023).**
5. **Der Grosse Stadtrat setzt eine parlamentarische Begleitkommission (9-er Spezialkommission) ein, zur Vorberatung der Vorlage des Gegenvorschlages, bevor diese vom Stadtrat definitiv verabschiedet wird.**

Für die Spezialkommission

Entwicklung «Rheinufer Ost» und Botschaft zur Volksinitiative «Schaffhausen an den Rhein»:

Livia Munz, Präsidentin

Schaffhausen, 11. August 2022